



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Landeshauptstadt Potsdam und ProPotsdam legen Potsdam-Plan 3000+ vor

Mietenbremse und 1.000 zusätzliche neue Wohnungen

03.06.2026 Fachinformation

Eine neue Mietenbremse mit sofortiger Wirkung und zusätzlich 1.000 neue Wohnungen, die Hälfte davon mit Mietpreis- und Belegungsbindung: Die Landeshauptstadt Potsdam und die kommunale Wohnungsgesellschaft ProPotsdam haben ein gemeinsames Paket mit insgesamt 14 Maßnahmen und konkreten Zielen bis 2031 geschnürt, um dem angespannten Wohnungsmarkt in Potsdam zu begegnen. Mit dem Potsdam-Plan 3000+ wollen sie neuen bezahlbaren Wohnraum schaffen, Mieter*innen schützen und die soziale Balance in den Stadtteilen stärken.

BBU-Vorständin Maren Kern begrüßte die Vereinbarung grundsätzlich: "Es ist eine positive Nachricht, dass die Stadt Potsdam ihren kommunalen Bestand vergrößern will und sich dabei auch zu mehr Effizienz in den Planungs- und Genehmigungs-Prozessen verpflichtet." Sie gab jedoch zu bedenken: "Darüber hinaus wäre es aber wichtig, dass nun Baustandards gezielt gesenkt werden, der konkrete Nutzen für Mieterinnen und Mieter ist äußerst begrenzt, die Kosten im Verhältnis dazu aber sehr hoch. Hamburg und Schleswig-Holstein sind hier erfolgreiche Vorbilder. Hinsichtlich der Mietenbremse zeigte sich Maren Kern besorgt: "Die Mietenentwicklung unterhalb des gesetzlichen Korridors wird für die ProPotsdam aufgrund der hohen Investitionen in Neubau und Wärmewende eine große wirtschaftliche Herausforderung sein."

Oberbürgermeisterin Noosha Aubel erklärt: „Mit dem Potsdam-Plan 3000+ verständigen sich die Landeshauptstadt Potsdam und die ProPotsdam auf konkrete und langfristige Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum, eine verlässliche soziale Wohnraumversorgung und stabile Quartiere. Mit dem Bau von mehr als 1.000 zusätzlichen Wohnungen, von denen jede zweite mietpreis- und belegungsgebunden sein wird, verbindet der Plan Neubau, Bestandssicherung und soziale Stadtentwicklung.“ Langfristiges Ziel bleibt zudem, dass jede fünfte Wohnung des gesamten Potsdamer Wohnungsbestandes eine ProPotsdam-Wohnung ist. **ProPotsdam-Geschäftsführer Jörn-Michael Westphal** betont: „Die soziale Wohnraumversorgung und insbesondere der soziale Wohnungsbau durch die ProPotsdam erfordern geeignete Rahmenbedingungen, um bei gestiegenen Bau- und Finanzierungskosten den dringend benötigten Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten bauen zu können. Mit dieser Vereinbarung haben wir diese verlässliche Grundlage zur gemeinsamen Verfolgung der wohnungspolitischen Ziele der Landeshauptstadt, um in den nächsten Jahren konkrete Angebote für junge Menschen, für Familien und Senioren bereitzustellen.“

Die Vereinbarung sieht vor, dass die ProPotsdam bis 2032 mehr als 1.000 neue Wohnungen fertigstellt – zusätzlich zu den rund 2.000 Wohnungen, die es innerhalb der vergangenen 15 Jahre errichtet hat. Damit würde die Gesamtzahl auf mehr als 3.000 steigen. Für jede zweite der neu entstehenden Wohnungen sollen Mietpreis- und Belegungsbindungen gelten, sodass die Landeshauptstadt die Wohnraumversorgung für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen gezielt verbessern kann. Planungs- und Bauprozesse zwischen Verwaltung, Stadtwerken und ProPotsdam sollen weiter verzahnt werden, um die Effizienz bei steigenden Baukosten zu erhöhen, damit die ProPotsdam weiterhin auch im frei finanzierten Wohnungsneubau Angebote für mittlere Einkommensgruppen schaffen kann.

Die Potsdamer Mietpreisbremse stellt sicher, dass die Miethaushalte im Bestand der ProPotsdam sich das Wohnen weiterhin leisten können. Mietanpassungen für Wohnungen

der ProPotsdam werden deutlich unterhalb des gesetzlichen Korridors erfolgen. Die ProPotsdam stellt der Landeshauptstadt zudem jährlich 400 Wohnungen aus ihrem Bestand zur Verfügung. Für diese kann die Landeshauptstadt Personen beziehungsweise Haushalte benennen, die besonders dringend bezahlbaren Wohnraum benötigen. Damit stärkt die Landeshauptstadt die soziale Wohnraumversorgung und übernimmt Verantwortung für eine zentrale Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Mit ihren Bonusprogrammen unterstützt die ProPotsdam auch künftig gezielt Familien beim Einzug, Mieterinnen und Mieter, die eine Wohnung wechseln möchten, sowie Menschen, die in Potsdam leben oder arbeiten.

Zur Entwicklung stabiler und attraktiver Quartiere soll die Durchmischung von Haushalten gefördert werden. In den Stadtteilen wird die ProPotsdam zudem die sozial verträgliche Umsetzung der Wärmewende unterstützen. Im Schlaatz wird die ProPotsdam als Teil der Zielstellungen für die Weiterentwicklung des Stadtteils Sanierungen umsetzen und maßgeblichen Anteil an den Beteiligungsformaten zur Entwicklung von ergänzendem Wohnungsneubau haben. 2010 haben die Landeshauptstadt Potsdam und die ProPotsdam erstmals ein Neubauprogramm und gemeinsame Ziele für eine soziale Wohnungspolitik vereinbart und diese seitdem regelmäßig aktualisiert. Mit dem Potsdam-Plan 3000+ stellt die Landeshauptstadt einen bundesweit in dieser Form einzigartigen Praxisplan auf, der konkrete Vereinbarungen sowohl für den bedarfsgerechten Neubau als auch für die Sicherung von kommunalem Wohnungsbestand, die Wohnraumversorgung und die ausgleichende Stadtentwicklung beinhaltet. Vorgesehen ist, dass die Stadtverordneten am 1. Juli 2026 in der Stadtverordnetenversammlung darüber entscheiden.

Quellen: Landeshauptstadt Potsdam / Die Oberbürgermeisterin; BBU

<https://bbu.de/beitraege/landeshauptstadt-potsdam-und-propotsdam-legen-potsdam-plan-3000-vor>